



Update aus Berlin

Juni '23 (I)

WIE WIRD KLIMANEUTRALES
HEIZEN FÜR ALLE MÖGLICH?
INFO-VERANSTALTUNG
ZUR WÄRMEWENDE



Wann? Dienstag, 27. Juni, 18:30

Wo? Piesers Gasthaus, Telgte-Westbevern

Mit? Euch und Euren Fragen zum Gebäudeenergiegesetz!

WICHTIGES
aus dem Bundestag

NEUES
aus dem Wahlkreis



**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,**

wir haben in dieser Woche mit einer Gedenkstunde an den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 erinnert. Bis zur friedlichen Revolution 1989 war er das bedeutendste Ereignis in der Oppositions- und Widerstandsgeschichte der DDR.

Russland begeht in der Ukraine immer wieder Kriegsverbrechen. So geschehen in Butscha, wo russische Soldaten viele unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten hingerichtet haben. Aber auch Städte, Dörfer, Krankenhäuser, Schulen und die Energieinfrastruktur in der Ukraine nimmt die russische Armee regelmäßig unter Beschuss. Dafür sind allein der russische Präsident und sein innerer Machtzirkel verantwortlich. Und Putin eskaliert immer weiter. Mit der Zerstörung des Kachowka-Staudammes hat das brutale Vorgehen Russlands in der Ukraine eine neue Dimension erreicht. Wir verurteilen das Vorgehen Russlands auf Schärfste.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bedeutet zugleich einen schweren Schlag gegen die Sicherheitsordnung in Europa. Umso wichtiger ist nun, dass wir unsere Sicherheit gemeinsam mit unseren internationalen Partnern auf eine neue Grundlage stellen. In dieser Woche haben wir im Bundestag deshalb die Nationale Sicherheitsstrategie bearten, die von der Bundesregierung unter Beteiligung vieler gesellschaftlicher Akteure im In- und Ausland sowie einer Vielzahl an Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet wurde. Mit der Nationalen Sicherheitsstrategie wollen wir eine gesellschaftliche Debatte darüber anstoßen, wie wir unsere Sicherheit künftig gewährleisten. Das Grundrecht auf Asyl ist ein hohes Gut. Menschen, die vor Verfolgung, Krieg und Terror fliehen müssen, werden wir schützen. Des-halb beschäftigt uns auch die erzielte Einigung der EU-Innenminister:innen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). In den letzten Jahren hat sich leider zu deutlich gezeigt, dass die europäische Asylpolitik nicht mehr in der Lage ist, die aktuelle Situation zu bewältigen. Deshalb ist es ein wichtiger Erfolg, dass nach jahrelangen Blockaden ein EU-weiter Kompromiss erzielt werden konnte – denn Migration muss in Europa besser gesteuert werden. An dem Recht auf Asyl wird dabei nicht gerüttelt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser konnte aber einen uns wichtigen Punkt durchsetzen: unbegleitete Kinder und Jugendliche können direkt in die EU einreisen und kommen nicht in die Grenzverfahren. Wir werden nun die weiteren Verhandlungen im EU-Parlament unterstützen, damit das auch für die Kinder und Jugendlichen gilt, die in Begleitung ihrer Eltern sind. Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,
Euer

Bernhard Selbny

Inhalt

Gebäudeenergiegesetz: Klimaneutrales Heizen für alle möglich machen. >>> Meine Rede zum Antrag CDU/CSU Mit steuerlichen Maßnahmen Wärmewende beschleunigen.>>> Gedenkstunde anlässlich des 70. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR. >>>IPS-Empfang mit Ländertischen. >>> Einblicke in die Sitzungswoche. >>> Neues aus dem Wahlkreis.

Gebäudeenergiegesetz:

Klimaneutrales Heizen für alle möglich machen!

Deutschland will bis 2045 klimaneutral sein. Im Wärmesektor bedeutet dies, dass nun mit dem Umbau begonnen werden muss. Mit dem **Gebäudeenergiegesetz (GEG)** wird das klare Signal für den Umstieg auf klimaneutrales Heizen gesetzt. Das ist gut und wichtig für die Planungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen. Für uns als SPD ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger nicht zu überfordern und soziale Härten abzufedern. Die Ampelfraktionen haben sich auf folgende Verbesserungen geeinigt, die im parlamentarischen Verfahren umgesetzt werden sollen:

- Mehr Zeit für den Umstieg auf klimafreundliches Heizen im Bestand durch eine enge Verzahnung mit der kommunalen Wärmeplanung: Die Vorgaben zum Einbau klimafreundlicher Heizungssysteme sollen von 2024 an zunächst vor allem in Neubaugebieten gelten. In bestehenden Gebäuden sollen die Vorgaben im Wesentlichen erst später wirksam werden - nämlich erst dann, wenn eine kommunale Wärmeplanung vorliegt. Dadurch eröffnen wir mehr Haushalten die Chance, sich in Zukunft an klimafreundliche Fernwärme anschließen zu lassen.
- Wir werden Investitionen in neue Heizungen breit fördern. Die Förderung wird aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziert und soll möglichst passgenau die einzelnen Bedürfnislagen und soziale Härten bis in die Mitte der Gesellschaft berücksichtigen. Wir wollen niemanden zu etwas verpflichten, das in der jeweiligen Lebenslage nicht leistbar ist.
- Beim Umstieg auf klimaneutrale Heizungssysteme werden alle Optionen gleichwertig behandelt - Hauptsache klimafreundlich! Dazu gehört auch die Möglichkeit, mit Holz und Pellets zu heizen.
- Wir wollen Mieter:innen schützen, damit sie nicht über Gebühr belastet werden. Vermieter:innen sollen Anreize haben, in moderne Heizungssysteme zu investieren.

Gern möchte ich mit Euch dazu ins Gespräch kommen. Ich freue mich, euch **am 27. Juni um 18:30 in Piesers Gasthaus in Telgte** zu einer offenen Informationsveranstaltung in Form einer mobilen Sprechstunde einzuladen.

Meine Rede zum Antrag der CDU/CSU: "Mit steuerlichen Maßnahmen Wärmewende beschleunigen"



Einige verstehen die Debatte um Klimaschutz als Aufforderung zum rhetorischen Anheizen und setzen dabei Emissionen frei, die genauso gefährlich sein können wie zu viel CO₂ in der Atmosphäre. So ist die Diskussion um die Wärmewende ist von vielen Emotionen bis hin zu teils populistischen Äußerungen geprägt. Besonders bedauerlich ist, dass nur wenige konstruktive Stimmen aus der CDU/CSU-Fraktion zu vernehmen sind.

Im Antrag "Mit steuerlichen Maßnahmen die Wärmewende beschleunigen" wurden verschiedene Forderungen gestellt, etwas wirklich Neues war jedoch nicht dabei. Eine Sonderabschreibung für den Mietwohnungsbau mit klimapolitischen Zielen, eine Ertragssteuerbefreiung für Photovoltaikanlagen und ein Nullsteuersatz für die Lieferung und Installation von Photovoltaikanlagen sind bereits erledigt. Auch die Erweiterung der Beratungsbefugnis von Lohnsteuerhilfevereinen sowie eine effiziente Bundesförderung für effiziente Gebäude sind bereits umgesetzt und wurden kürzlich sogar aufgestockt. Dasselbe gilt für zahlreiche Förderprogramme, die die Forderungen aus dem Antrag abdecken.

Es freut uns, dass die CDU/CSU-Fraktion eine Beschleunigung der Wärmewende fordert. Der Antrag ist aus unserer Sicht beinahe als heimliche Zustimmung zur Arbeit der Ampel zu verstehen. Was jedoch auch der CDU/CSU klar sein muss: Wie im ersten Absatz ihres Antrags festgestellt, haben wir keine 30 Jahre Zeit, um die CO₂-Emissionen im Gebäudesektor zu halbieren. Wir müssen jetzt Tempo aufnehmen und dürfen nicht im Status quo verharren. Die lange Bank ist des Teufels liebstes Werkzeug, und wir sollten gemeinsam den Weg in eine klima- und energiegerechte Zukunft einschlagen.

Bei [Facebook](#) und [Instagram](#) könnt Ihr Euch nochmal die gesamte Rede anschauen und anhören.

IPS-Empfang mit Ländertischen 2023.

Der feierliche Abschluss des IPS-Praktikums wurde am vergangenen mit einem Empfang der Präsidentin als Schirmherrin des IPS in der Halle des Paul-Löbe-Hauses gefeiert.

Die Stipendiatinnen und Stipendiaten beteiligen sich mit einem kreativen Beitrag am Bühnenprogramm und bieten beim anschließenden Empfang landestypische Speisen und Wissenswertes zu den Herkunftsländern an.



Insta-Live mit Dirk Wiese zum Gebäudeenergiegesetz

Am Donnerstag habe ich bei **Politik & Dönekes** mit meinem Kollegen Dirk Wiese über das geplante Heizungsgesetz gesprochen.

Vielen Dank für die Einladung!



Kreishandwerkerschaft Steinfurt-Warendorf in Berlin



Auf meine Einladung besuchten diese Woche 28 Mitglieder der Kreishandwerkerschaft Steinfurt-Warendorf den Deutschen Bundestag. Die Gruppe wurde von Frank Tischner, Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Steinfurt-Warendorf, geleitet.

Neben der Kunstführung in den Parlamentsliegenschaften war auch ausreichend Zeit für ein Gespräch. Zentrale Themen waren vor allem die Ausbildung im Handwerk, der Fachkräftemangel und die Lieferkettenprobleme, die aktuell bei vielen Betrieben für Frust und lange Wartezeiten bei den Kunden sorgen.

Die Sorgen und Forderungen des Handwerks werden in der SPD-Bundestagsfraktion ernst genommen. Bürokratie belastet viele Unternehmen in Deutschland. Daher wird die Bundesregierung das Bürokratieentlastungsgesetz IV auf den Weg bringen und vor allem kleine und mittlere Unternehmen entlasten.



70 Jahre Volksaufstand

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 war bis 1989 das bedeutendste Ereignis in der Oppositions- und Widerstandsgeschichte der DDR. Der 1952 von der SED begonnene „planmäßige Aufbau des Sozialismus“ führte zu wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, Versorgungsengpässen und wachsender Unzufriedenheit und schließlich im Juni 1953 zu landes-weiten Streiks und Protesten. Diese gipfelten am 17. Juni 1953 in einem Volksaufstand, an dem eine Millionen Menschen aktiv teilnahmen. Dieser Aufstand symbolisierte den langjährigen Kampf vieler DDR-Bürger:innen für Freiheit, Demokratie und gegen Diktatur. Das SED-Regime schlug ihn mit Hilfe von sowjetischen Streitkräften brutal nieder. Es gab zahlreiche Tote, eine Repressionswelle folgte.

Die Koalitionsfraktionen bringen anlässlich des 70. Jahrestages des Volksaufstandes in dieser Woche einen Antrag in den Bundestag ein. In diesem wird die Arbeit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ebenso gewürdigt wie die Arbeit der „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ und der Opferverbände. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, den Härtefallfonds für SED-Opfer zeitnah einzurichten, die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und der Geschichte von Sowjetischer Besatzungszone (SBZ) und DDR zu stärken und sich für die Umsetzung des Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Herrschaft einzusetzen. Die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg solle zu einem Campus für Demokratie entwickelt werden und die Transformation des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv weiter unterstützt werden.



„Ist die Zeitenwende in der Politik angekommen?“ war die Leitfrage auf dem Podium beim **Hauptausschuss 2023 des Deutschen Städte- und Gemeindebundes**. Meine Antwort: Ist längst da! Besonders GEG und Wärmeplanung zeigen, wie dringend wir neue Lösungen und mutige Entscheidungen brauchen.



Die **Ausstellung "MACHT RAUM GEWALT"** nimmt das Planen und Bauen während der nationalsozialistischen Herrschaft in den Blick und fragt nach Kontinuitäten und Brüchen bis in die Gegenwart. Sie bezieht sie sich nicht nur auf die Zeit von 1933 bis 1945 im Deutschen Reich, sondern auch auf die von Deutschland besetzten Gebiete im Osten Europas.

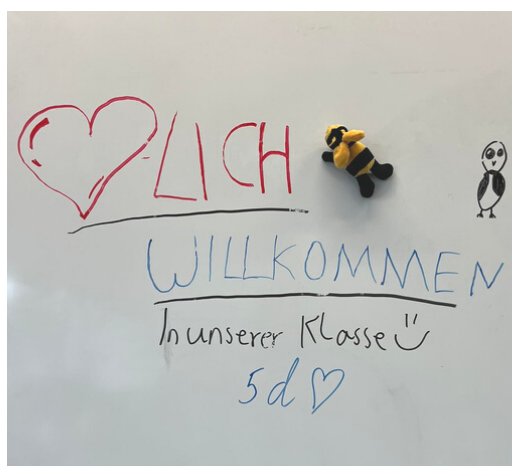
In 150 Kurzbiographien werden Architekten, Ingenieure, Stadtplaner und Baufachleute dieser Zeit vorgestellt. Neben personellen Kontinuitäten nach 1945 geht es auch um den Umgang mit den baulichen Hinterlassenschaften des NS-Regimes.

Die Zuständigkeit für den Wohnungs- und Städtebau, darunter auch die Altstadterneuerung, lang in NS-Zeit wie schon in der Weimarer Republik zunächst bei der Hauptabteilung IV im Reichsarbeitsministerium, seit Januar 1933 unter Minister Franz Seldte. In dieser Funktion wurden Seldte und das RAM jedoch durch Parteigliederungen wie die der NSDAP angeschlossene "Deutsche Arbeitsfront" mit "Reichsorganisationsleiter" Robert Ley an der Spitze herausgefordert, der auf diesem Feld die Führungsrolle beanspruchte. Ein erster Versuch, die Führung im Wohnungs- und Siedlungswesen zu übernehmen, war 1934 die kurzzeitige Einsetzung des Parteiprogrammatikers Gottfried Feder als "Reichssiedlungskommissar" - eine der für die NS-Zeit typischen Sonderbehörden.

'Der Jugend gehört die Zukunft...'



Was macht ein Bundestagsabgeordneter eigentlich, wenn er nicht in Berlin ist? Das durften in der letzten Woche Viktor und Lasse bei mir im Wahlkreisbüro miterleben! Bei welchen Terminen die beiden mich unterstützt haben erfahrt ihr auf der nächsten Seite. Ihr wollt auch ein Praktikum in Berlin oder dem Wahlkreis absolvieren? Dann bewirbt Euch! Mehr Infos auf der Homepage.



"Was möchten Sie gegen Kinderarmut in Deutschland tun? Wieso sind die Kinderrechte nicht im Grundgesetz verankert? Welche Meinung haben Sie zu den anderen Bundestagsparteien? Und wie viel Geld verdienen Sie eigentlich als Bundestagsabgeordneter?" Diese und weitere Fragen durfte ich der Klasse 5d am Thomas-Morus-Gymnasium in Oelde beantworten: Ein toller Besuch in einer sehr interessierten und aufgeschlossenen Klasse - toll vorbereitet vom Kollegium an der Schule!





Wusstet Ihr, dass es im Sommer in und um **Kleingärtenanlagen** bis zu drei Grad kühler ist? Eine Berliner Studie hat nachgewiesen, dass die kleinen grünen Lungen hervorragende Klimaschützer im Stadtbereich sind. Das und mehr hat bei unserem Jahresaustausch Rolf Rosendahl erzählt, Vorsitzender des Kleingartenverbands im Kreis Warendorf und auch im Land NRW!



Nicht nur in meiner Rolle als kommunal-politischer Sprecher ist mir der Austausch mit den Kommunen "zu Hause" enorm wichtig. Deshalb stand auch in dieser Woche wieder ein **Bürgermeistergespräch** an, dieses mal in Ahlen mit Dr. Alexander Berger. Danke für den guten Austausch!



Der **Fachkräftemangel** und unsere Bereitschaft, Menschen aufzunehmen und zu integrieren hängen unmittelbar zusammen! Was wir da noch verbessern können und müssen, habe ich mit Franz-Ludwig Blömker, Frank Tischner und dem **Malerbetrieb Ahlemann** in Warendorf-Müssingen besprochen.
Mehr Infos findet Ihr hier.

